

Wirtschaftskammer Österreich
Bundesarbeitskammer
Österreichischer Gewerkschaftsbund
Landwirtschaftskammer Österreich



ZUKUNFT GEMEINSAM GESTALTEN

Deklaration der österreichischen Sozialpartner



BAD ISCHL

SEPTEMBER 2016

» DEKLARATION: ZUKUNFT GEMEINSAM GESTALTEN

Einleitung

Der Klimawandel, die demographische Entwicklung, geopolitische Veränderungen in einer immer globaleren Wirtschaft und multipolaren Weltordnung, eine dynamisch wachsende Weltbevölkerung, bewaffnete Konflikte und daraus resultierende Migrationsbewegungen ebenso wie die Digitalisierung sind große Herausforderungen mit regionalen, nationalen und supranationalen Auswirkungen. Die damit verbundenen Veränderungen in Wirtschaft und Gesellschaft gilt es zu bewältigen.

Vor allem die Digitalisierung und ihre Anwendungsmöglichkeiten wie Internet der Dinge und Dienste, intelligente Algorithmen und selbstlernende Systeme, neue Generationen von Robotern und künstlicher Intelligenz werden bestehende Geschäftsmodelle und Prozesse zum Teil aufbrechen und durch neue ersetzen. Damit ändert sich unsere Wirtschafts- und Arbeitswelt, unsere Sozialmodelle und Gesellschaftssysteme.

Diese Veränderungen bringen sowohl Chancen als auch Risiken und erfordern neue Denkansätze und ein erweitertes Verständnis von wirtschaftlichen, sozialen und gesellschaftlichen Zusammenhängen.

Ein wahrscheinliches Szenario ist eine Produktivitätssteigerung bei gleichzeitiger Zunahme atypischer Beschäftigung. Der Einsatz neuer Technologien wird auch zu neuen, veränderten Tätigkeiten, Arbeitsprozessen, Arbeitsplatzmodellen sowie zu neuen vertraglichen Grundlagen von Arbeitsverhältnissen führen. Neue Geschäftsmodelle, Technologien und Organisationsformen werden die Unternehmen, die Art der Arbeit und damit die Anforderungen an die gesetzlichen und vertraglichen Rahmenbedingungen verändern.

Österreich muss alles daran setzen, die enormen Potenziale der Digitalisierung zu nutzen. Es geht darum, die Wettbewerbsfähigkeit österreichischer Unternehmen, den Wohlfahrtsstaat und damit die hohe Lebensqualität auch in der Zukunft für die nachfolgenden Generationen zu sichern.

Die österreichischen Sozialpartner wollen „Gestalter dieser Zukunft“ sein. Wir wollen den Prozess der Veränderung aktiv mitgestalten, Menschen und Unternehmen bei Veränderungen begleiten und Lösungsmöglichkeiten für die Zukunft aufzeigen. Dabei wird es auch notwendig sein, bei der Ausgestaltung der kollektiven Interessenvertretung und der Weiterentwicklung der europäischen Wohlfahrtsstaaten neue Wege zu beschreiten.

Wir werden unsere Expertise, Praxisorientiertheit und Handlungskompetenz in so wichtigen Bereichen wie Aus- und Weiterbildung, der Wirtschaftspolitik, dem Arbeitsmarkt und der sozialen Sicherheit verstärken. Wirtschaftliche Prosperität verbunden mit gesellschaftlicher Stabilität und Chancengerechtigkeit liegen im Interesse der österreichischen Sozialpartner sowie der gesamten Gesellschaft.

Alle am Wertschöpfungsprozess beteiligten gesellschaftlichen Gruppen sollen an den Produktivitätsgewinnen und Vorteilen durch die Digitalisierung und neuen Technologien teilhaben.

Kooperation und Zusammenarbeit mit den österreichischen Sozialpartnern im politischen Willensbildungsprozess sichert auch in Zukunft den wirtschaftlichen Erfolg und den sozialen Frieden in Österreich. Durch das Austragen von Interessengegensätzen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern in institutionalisierter Form werden Lösungen, die in der österreichischen Volkswirtschaft auf breiter Basis beruhen, auf dem Dialogweg erarbeitet und Konfliktkosten minimiert.

Der interne Interessenausgleich der Sozialpartner und das Prinzip der solidarischen gesetzlichen Mitgliedschaft in den Kammern (Arbeiterkammer, Landwirtschaftskammer und Wirtschaftskammer) haben

wesentlich zum österreichischen Erfolgsmodell der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts beigetragen. Dies wird auch für die Bewältigung und Gestaltung der künftigen Veränderungen als Erfolgsfaktor betrachtet.

Wir sind überzeugt, dass wir auch die zukünftigen Herausforderungen gemeinsam bewältigen können, indem wir das Verbindende vor das Trennende stellen. Das bedingt eine besondere Kultur, welche die Zusammenarbeit als Wert und nicht als Schwäche versteht. Wir stehen für eine Gesprächs- und Verhandlungskultur, die Kompromisse mit dem Fokus auf mittelfristige, gemeinsame Ziele und gesamtgesellschaftliche Interessen sucht, welche dann nach innen und außen von allen mitgetragen werden. Diese Kultur möchten wir auf allen Ebenen der sozialpartnerschaftlichen Zusammenarbeit weitertragen.

Gleichzeitig sehen wir die Notwendigkeit, verbandsinterne Interessenfindung für alle Mitglieder demokratisch und transparent zu gestalten und laufend weiterzuentwickeln.

Die österreichischen Sozialpartner bekennen sich zum System der „Sozialen Marktwirtschaft“, in dem Wettbewerb und Leistungsfähigkeit mit Solidarität und sozialem Zusammenhalt verbunden werden. Dynamische Wettbewerbsfähigkeit, Absicherung und eine weitere Steigerung von Wohlstand für alle Bevölkerungsschichten, sozialer Ausgleich, Nachhaltigkeit und sozialer Fortschritt sowie die gesetzlich verankerte innerbetriebliche Mitbestimmung werden nicht als Gegensätze, sondern als einander ergänzend gesehen. Die Sozialpartnerschaft als österreichische Form des Sozialen Dialogs zeichnet sich dabei durch eine besondere Form der Gesprächs- und Verhandlungskultur aus. Wesentlich ist dabei, die Fähigkeit und Bereitschaft der Verbände, Kompromisse nach innen und außen zu tragen.

Verbesserte Rahmenbedingungen für einen attraktiveren Wirtschafts- und Arbeitsstandort Österreich sollen Wirtschaftswachstum, Beschäftigung, nachhaltige Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen sowie gute Arbeitsbedingungen, eine produktivitätsorientierte Einkommenspolitik, soziale Sicherheit und sozialen Zusammenhalt in einer zukunftsorientierten demokratischen Gesellschaft ermöglichen.

Ziele

- Das Modell der sozialpartnerschaftlichen Zusammenarbeit auf allen Ebenen hat sich in Österreich sehr bewährt. Die österreichischen Sozialpartner bekennen sich zur Fortsetzung und Vertiefung ihrer Zusammenarbeit auf allen Ebenen in Österreich und in der Europäischen Union.
- **Zur Weiterentwicklung der Beschäftigung und des Wohlstandsniveaus werden einem intelligenten, nachhaltigen und integrativen Wirtschaftswachstum** in Österreich und Europa höchste Priorität zugemessen. Chancengerechtigkeit sowie die Vereinbarkeit von Beruf und Familie werden dafür von den Sozialpartnern als wichtige Voraussetzung gesehen. Die Sozialpartner nehmen ihre Verantwortung auch gegenüber jenen Menschen wahr, die vom Wandlungsprozess und dessen Tempo überfordert sind. Neben der Förderung von nachhaltigem und inklusivem Wachstum und der Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Wirtschaft haben **Solidarität und Sicherung des sozialen Zusammenhalts** hohe Priorität.
- **Die Sozialpartner sind bereit, alternative Modelle der Einkommenssicherung und der Finanzierung des Wohlfahrtsstaats zu entwickeln.**

Handlungsfelder

- Bildung und Qualifikation sind sowohl im Sinne des Wachstumspotenzials in einer wissensbasierten Wirtschaft und Gesellschaft wie auch im Sinne der Chancengerechtigkeit entscheidend. Österreich benötigt dementsprechend ein **zeitgemäßes Bildungssystem**, das den zukünftigen Herausforderungen entspricht.
- In der Jugend liegt die Zukunft jeder Gesellschaft. Eine qualitativ hochwertige Ausbildung und die volle **Integration in den Arbeitsmarkt** ist Voraussetzung für eine umfassende und dauerhafte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. **Chancengerechte (Aus-) Bildungssysteme** müssen der Jugend die Teilnahme am Erwerbsleben eröffnen und als grundlegende Bausteine sowohl für die wirtschaftliche Entwicklung als auch für den gesellschaftlichen Zusammenhalt an die künftigen Erfordernisse angepasst werden.
- Dank der dualen Ausbildung verfügt Österreich über eine große Anzahl an hervorragenden und praxisnah qualifizierten Fachkräften und über eine sehr geringe Jugendarbeitslosigkeit. Das **System der dualen Ausbildung** ist weiterzuentwickeln und auszubauen.
- **Berufsbilder und Qualifikationsanforderungen werden sich im Zuge des digitalen Wandels massiv verändern. Lebensbegleitendes Lernen ist wichtiger denn je.** Weiterbildung ist kein ausschließlich individuelles Interesse, sondern von zentraler Bedeutung für Wirtschaft und Gesellschaft. Es bedarf daher gemeinsamer Anstrengungen der Sozialpartner und der Politik, um Weiterbildung zu forcieren.
- **Wissenschaft, Forschung und Entwicklung** sind Grundlagen der wirtschaftlichen Entwicklung. Innovationen bzw. die Weiter- und Neuentwicklung von Technologien und Produkten sind die treibende Kraft für Wachstum und Beschäftigung. Die **Innovationsfähigkeit** der Wirtschaft ist zu erhöhen: Österreich soll zu den „Innovation Leader“ aufschließen. Auch die Abschätzung der Folgen des Einsatzes digitaler Technologien auf Arbeitswelt und Gesellschaft braucht verstärkte wissenschaftliche Aufmerksamkeit.
- Technische **Infrastruktur** – Verkehrswege, Kommunikationsinfrastruktur, Energienetze und Wasserversorgung – ist für moderne Gesellschaften essenziell. Die Sicherstellung der hohen Versorgungsqualität in Österreich, der Ausbau und die uneingeschränkte Nutzung dieser Infrastrukturen sind Voraussetzung für wirtschaftliche und gesellschaftliche Prosperität.
- Die Sicherung und der Ausbau der **dynamischen und umfassenden Wettbewerbsfähigkeit** sind notwendig und Voraussetzung für Wirtschaftswachstum, Beschäftigung, die Finanzierung des Sozialstaats sowie für eine nachhaltige Entwicklung der österreichischen Staatsfinanzen. Die Sozialpartner treten dafür ein, dass Wirtschaftswachstum Hand in Hand mit einem Wohlstandsgewinn für alle Bevölkerungsschichten geht.
- Um den strukturellen Wandel gut bewältigen zu können, sind geeignete Rahmenbedingungen für **Unternehmensgründungen und Betriebsnachfolge** besonders zu berücksichtigen.
- **Standort, Investitionsanreize und Wettbewerbsfähigkeit** - Am Standort Österreich müssen investitionstreibende und vor allem planbare Rahmenbedingungen für die Unternehmen geschaffen werden. Eine **verlässliche Standortpolitik** umfasst Maßnahmen, die langfristig funktionierende Märkte sicherstellen und Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit im globalen Umfeld ermöglichen.

- **Effiziente Verwaltung** - Notwendig ist eine dienstleistungsorientierte und leistungsfähige Verwaltung, die dazu führt, dass der bürokratische Aufwand für Unternehmen reduziert wird, um Investitionen zu unterstützen und die Schaffung neuer Arbeitsplätze zu ermöglichen. Dabei ist gleichzeitig ein angemessenes Schutzniveau für ArbeitnehmerInnen und KonsumentInnen zu gewährleisten.
- **Zukunftschancen** im Umweltbereich sowie in den Bereichen Energieeffizienz und erneuerbare Energien sind zu ergreifen.
- Die **Kollektivvertragsautonomie** gewährleistet die produktivitätsorientierte Lohnpolitik. Innovative Weiterentwicklungen sollen unter Berücksichtigung der betrieblichen Ebene erfolgen, um ArbeitnehmerInnen und Betrieben eine bessere gemeinsame Ausgestaltung im gesicherten Rahmen zu ermöglichen. Auch im Zuge neuer Beschäftigungsformen können Möglichkeiten kollektiver Interessenvertretungen geschaffen werden.
- **Soziale Sicherheit und hohe Gesundheitsstandards** sowie deren finanzielle Absicherung im Wege der Selbstverwaltungseinrichtungen der Sozialpartner sind zu gewährleisten.
- Eine bessere Vereinbarkeit von **Beruf und Familie** sowie eine Weiterentwicklung von Best-Practice-Ansätzen in Kollektivverträgen zur **Förderung der Gleichstellung von Frauen und Männern** ist ein wichtiger Beitrag zur Chancengerechtigkeit.
- **Arbeitsverfassung, Arbeitsrecht und Arbeitszeitregelungen** sind zu überarbeiten. Eine Modernisierung wird dann erfolgreich sein, wenn sie den Interessen von ArbeitnehmerInnen und ArbeitgeberInnen gleichermaßen gerecht wird. Dabei wird die gesetzliche innerbetriebliche Mitbestimmung als wesentliches Element einer sozialen Marktwirtschaft gesehen. Durch vermehrte Internationalisierung von Geschäfts- und Arbeitsbeziehungen wird eine intensivere europäische Koordinierung notwendig sein.

- **Migration und Integration** sind zentrale Themenstellungen, die Politik, Wirtschaft und Gesellschaft aktuell und auch in Zukunft dominieren und erhebliche Herausforderungen, aber auch zahlreiche Chancen mit sich bringen werden. Dabei gilt es, insbesondere den **sozialen Frieden und Zusammenhalt zu gewährleisten** und das **Entstehen von Parallelgesellschaften zu verhindern**. Für die Sozialpartner ist es dabei von entscheidender Bedeutung, dass MigrantInnen umfassend am österreichischen Erwerbsleben und an der Gesellschaft teilhaben können. Schlüsselbereiche für erfolgreiche Integration sind Arbeitsmarkt, Bildung, Wohnen und medizinische Versorgung.
- **Sozialpartnerschaft in Österreich ist mehr als Lobbying** im Interesse einer bestimmten Gruppe. Die Sozialpartnerorganisationen haben gesetzlich geregelte Ziele und Aufgaben und unterliegen der Kontrolle des Gesetzgebers. Sie sind zur Mitwirkung am staatlichen Handeln verpflichtet und haben gesamtpolitische Verantwortung. Die Zusammenarbeit **der Sozialpartner auf europäischer Ebene ist in diesem Sinne auszubauen** und zu verbessern. Eine globale Sozialpartnerschaft ist ebenfalls anzustreben.

Bad Ischl, am 29. September 2016

Erich Foglar

Österreichischer Gewerkschaftsbund

Dr. Christoph Leitl

Wirtschaftskammer Österreich

Rudi Kaske

Bundesarbeitskammer

Ing. Hermann Schultes

Landwirtschaftskammer Österreich